

*Volker Skierka***Kuba im Umbruch**

Es ist eine Rechnung mit zwei großen und vielen kleinen Unbekannten. Wenn alles nach Plan verläuft, übergibt US-Präsident Barack Obama sein Amt Anfang 2017 nach acht Jahren im Weißen Haus an Hillary Clinton oder ihren republikanischen Widersacher. Ein Jahr später, Anfang 2018, werden die politischen Gremien auf Kuba verfassungsgemäß einen Nachfolger für den dann schon fast 87-jährigen Staats- und Parteichef Raúl Castro bestimmen, der seit der Erkrankung seines Bruders Fidel im Jahre 2006 amtiert. Zwischenzeitlich aber wollen – und müssen – die beiden versuchen, in der verbliebenen Zeit Fakten zu schaffen und möglichst mit-, statt gegeneinander die Weichen für ein zukünftiges amerikanisch-kubanisches Verhältnis in entspannter Nachbarschaft zu stellen.

Die sich jetzt entwickelnde neue Ära begann am 17. Dezember 2014 mit einem vorweihnachtlichen Paukenschlag. Unmittelbar nachdem ein Vertreter der US-Regierung in Washington mitgeteilt hatte, die kubanische Regierung wolle 53 politische Häftlinge freilassen, verkündeten Obama und Castro nach einem Telefongespräch simultan im Fernsehen das Ende der alten Feindschaft und die baldige Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Havanna. »Wir machen Schluss mit der alten Politik, die jahrzehntelang unseren Interessen geschadet hat und normalisieren unsere Beziehungen zu Kuba«, sagte Obama und fügte an die Unbelehrbaren auf beiden Seiten gerichtet hinzu: »Der Kalte Krieg ist lange vorbei. Ich habe kein Interesse daran, Kämpfe fortzuführen, die (...) begonnen wurden, bevor ich geboren wurde.«

Es war der erste direkte Gesprächskontakt zwischen einem US-Präsidenten und einem kubanischen Staatschef seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 3. Januar 1961. Das erste offizielle persönliche Zusammentreffen fand dann knapp vier Monate später beim VII. Gipfeltreffen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im April in Panama statt, zu dem Kuba 43 Jahre nach seinem von den USA betriebenen Ausschluss 1962 wieder eingeladen war. Hier kam es nicht nur zu einem von beiden Seiten als historisch stilisierten Handschlag zwischen Obama und Castro, die beiden setzten sich unter den Augen der Weltöffentlichkeit auch zum Gespräch zusammen.

»Es wird natürlich weiterhin tiefe und bedeutende Differenzen geben«, so Obama im Anschluss. Und Castro unterstrich: »Wir können über alles reden. Aber wir müssen geduldig sein. Sehr geduldig.« Doch er zeigte sich optimistisch und gab seiner Überzeugung Ausdruck, »dass Obama ein ehrlicher Mann ist«. Wie ernst es den USA mit einer Normalisierung der Beziehungen zu Kuba ist, zeigte sich unmittelbar vor dem Treffen der Staatschefs, als bekannt wurde, dass das US-Außenministerium dem Kongress mitteilen wolle, Kuba von der Liste der »staatlichen Unterstützer von Terroristen« zu streichen, auf welche das Land 1982 von der Reagan-Administration gesetzt worden war. Ende Mai war es dann soweit. Nachdem auch die Republikaner im Kongress die Einspruchsfrist von 45 Tagen hatten verstreichen lassen, war der Weg frei, und Kuba wurde nach 33 Jahren aus der ungemütlichen Gesellschaft von Staaten wie Iran, Syrien und dem Sudan entlassen. Erst durch diese Geste ist die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen möglich und der Kongress kann das seit 55 Jahren praktizierte Wirtschaftsembargo gegen den Inselstaat aufheben.

Wann es dazu kommt, steht allerdings noch in den Sternen. Denn auf Betreiben exilkubanischer Hardliner im Kongress war das Embargo 1996 unter Präsident Bill Clinton durch das Helms-Burton-Gesetz extrem verschärft und internationalisiert worden. Die USA maßen sich seither unter Missachtung des Völkerrechts an, weltweit – nach Gut-

dünken – all jene auf dem US-Markt tätigen Firmen und ihre Manager empfindlich unter Strafe zu stellen, die das Embargo ignorieren und Geschäfte mit Kuba betreiben. Das ging so weit, dass etwa die deutsche Reederei Hapag-Lloyd erpresst wurde, mit ihrer »MS Europa« keine US-Häfen mehr anlaufen zu dürfen, sollte sie während einer Karibik-Kreuzfahrt in kubanischen Häfen vor Anker gehen.

Die anhaltend tiefe narzisstische Kränkung, die Fidel Castro, Sohn eines Großgrundbesitzers aus dem Osten Kubas, mit dem Sieg seiner Revolution am 1. Januar 1959, der Enteignung amerikanischen Vermögens und der Anlehnung seines karibischen Sozialismus an den einstigen Sowjetkommunismus den politischen und wirtschaftlichen Eliten der Supermacht im Norden zugefügt hatte, sowie die störrische Weigerung der kubanischen Führung unter den Castros, sich den amerikanischen Vorstellungen von Freiheit, liberaler Marktwirtschaft, Demokratie und Menschenrechten unterzuordnen, nahm man in Washington ausgesprochen persönlich. So persönlich, dass die Urheber des Gesetzes, zu denen auch Fidel Castros Neffe und damaliger republikanischer Kongressabgeordneter aus Florida, Lincoln Díaz-Balart, gehörte, in den Paragraphen 205a jenen bizarren Absatz 7 hineindrückten, in dem es unmissverständlich heißt, eine Aufhebung des Wirtschaftsembargos komme erst infrage, wenn es auf Kuba eine »Übergangsregierung« gebe, der »weder Fidel Castro noch Raúl Castro« angehörten und die den Wertvorstellungen der parlamentarischen Mehrheit des US-Kongresses entspricht, was u.a. heißt, dass »vorzeigbare Fortschritte bei der Rückgabe oder Entschädigung konfiszierten US-Eigentums« gemacht werden.

Niemand vermag vorherzusagen, wie die Nachkommen der politischen Eliten diesseits und jenseits der Straße von Florida nach einem politischen Neuanfang mit diesem kubanisch-amerikanischen Erbe umgehen werden. Weiterhin ideologisch oder pragmatisch? Welche alten Besitzansprüche werden all jene einst exilierten kubanischen Privatpersonen und deren Nachkommen oder alle seinerzeit auf Kuba enteigneten Unternehmen und Konzerne aus den USA auf Kuba reklamieren? Die Angehörigen der kubanischen Nomenklatura und deren Nachkommen werden ihre Privilegien und Pfründe kaum freiwillig aufgeben. Erst recht nicht jene, die sich mit viel harter Arbeit für wenig Geld eine bescheidene Existenz aufbauen konnten und nun vielleicht unter einem Dach leben, welches vor 55 Jahren jemandem gehörte, der nun in Miami lebt, bzw. dessen Verwandte dort leben. Auf beiden Seiten jongliert man schon seit Jahrzehnten mit steigenden Milliardenbeträgen, welche die jeweils andere Seite zu zahlen hätte – entweder für die Enteignungen und wirtschaftlichen Verluste infolge der Revolution oder für die ökonomischen Schäden und Verheerungen, welche das Embargo der kubanischen sozialistischen Wirtschaft zugefügt habe. Vielleicht böte es sich an, diese Ansprüche gegeneinander aufzurechnen und abzuschreiben? Oder vielleicht könnte der deutsche Wiedervereinigungsprozess partiell beispielgebend sein? Es heißt, auf Kuba habe man diesen Prozess sehr genau verfolgt. Aber der war wesentlich am westlichen System und der Jurisdiktion der parlamentarischen Demokratie und der freien Marktwirtschaft in der Bundesrepublik ausgerichtet.

Bei aller Bereitschaft zu Reformen und einer behutsamen marktwirtschaftlichen Öffnung – eines will die politische Elite auf Kuba keinesfalls aufgeben: ihren karibischen Sozialismus, ein autoritär-parlamentarisch-kommunistisches Ein-Parteien-System mit einem Patriarchen oder später mit einem von diesem geformten politischen »Ziehsohn« an der Spitze, der einige modernere, zeitgemäßere und vielleicht auch liberalere Ansichten vertritt und deshalb die Sympathien der kritischen Masse in der Bevölkerung zu gewinnen vermöchte. Entscheidend für den Rückhalt beim Übergang wird sein, ob eine solche Person der jungen Bevölkerung eine Perspektive mit Anschluss an die Außenwelt wird

bieten und gleichzeitig die positiven Errungenschaften der Revolution wie das beispielhafte Bildungs- und Sozialsystem wird bewahren und weiterentwickeln können. Der erst 55-jährige erste Vizepräsident und designierte Nachfolger Raúl Castros, Miguel Díaz-Canel aus Santa Clara in Zentralkuba, könnte vielleicht das Zeug dazu zu haben. Mit einem solchen Staatslenker wäre mittelfristig durchaus eine Entwicklung ähnlich der in Vietnam, China oder Myanmar möglich, wenn auch nicht in jenem schrillen Tempo wie dort. Das entspräche kaum dem karibischen Naturell der Kubaner.

Das Land ist gefangen zwischen Stillstand, Rückschritt und Fortschritt. Überall wünscht man sich, dass sich etwas oder alles ändert, während man zugleich insgeheim hofft, dass sich bloß nicht allzu viel zu schnell ändert. Ein paradoxer Zustand. Hinzu kommt die Angst vor einem Verlust der kostenlosen Gesundheitsversorgung, der sozialen Fürsorge und des kostenlosen Bildungssystems sowie die Furcht vor einem Chaos wie sei-

Kampf mit der Hydra

nerzeit in Osteuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus. Nicht zu unterschätzen ist auch die Macht der Korruption und der Schattenwirtschaft, die unter den gegenwärtigen Umständen prächtig blüht und deren Umsatz das offizielle Bruttosozialprodukt womöglich längst überholt hat.

Auf dem Schwarzmarkt gibt es keinen Mangel, den gibt es nur dort, wo er staatlich verwaltet wird. Der stets mitleidvoll angeführte Durchschnittsverdienst von umgerechnet monatlich vielleicht 20 oder 30 Euro ist das eine. Das andere ist, dass es kaum eine kubanische Familie gibt, die keinen Zugang zum Dollar oder der amtlichen Dollar-Tausch-Währung CUC hat. Dass sich die Parallelwirtschaft mittlerweile wie eine Schlingpflanze über die ganze Insel gelegt hat, liegt aber nicht an einer besonders ausgeprägten kriminellen Fantasie und Energie der Bevölkerung, sondern ist der blanken Not und der zentral gelenkten staatlichen Misswirtschaft zu verdanken. Auch wenn das niemand eingestehen würde: Heute ist diese Schattenwirtschaft ein Segen. Ohne sie würde das Land zusammenbrechen. Aber sie wieder abzuschaffen, wird ein Kampf mit der Hydra.

Zwar versucht die Regierung inzwischen verstärkt den Privatsektor der sogenannten »Cuenta propistas«, der auf »eigene Rechnung Arbeitenden«, auszuweiten und ein Maß an kleinunternehmerischer Freiheit zu gewähren, wie es noch vor wenigen Jahren undenkbar war. Doch was dabei herauskommt ist, von einigen guten Restaurants und Herbergen im Lande abgesehen, eher rührend und pittoresk als zukunftsweisend. Selbst wenn manche dieser durchaus einfallreichen Kleinunternehmer gut verdienen und der eine oder andere sogar Steuern zahlt, reicht das alles bei Weitem nicht aus, um das Land wirklich voranzubringen. Kuba steht im Weltmaßstab ökonomisch am Abgrund. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt, mehr als drei Viertel sind nach dem Sieg der Revolution am 1. Januar 1959 geboren. Sie wollen Innovation, sie wollen Freiheit, sie wollen leben wie ihre Cousins und Cousinen drüben in Florida oder in Spanien, wie die Gleichaltrigen in all den Ländern aus denen die Touristen nach Kuba herbeiströmen, um den Charme des Stehengebliebenen, des Rückständigen und Pittoresken, der naiven Freundlichkeit zu genießen. Die postrevolutionären Generationen wollen endlich ihr Land modernisieren. Woran es dafür aber landauf, landab mangelt, im kleinen privaten, wie im großen staatlichen Sektor, ist Investitionskapital. Aber das kann nur von außen kommen. Und dafür ist nicht nur ein Zinssatz, sondern auch ein politischer Preis zu entrichten.

Beispiel digitale Technologie: Der vorsintflutliche Zustand allein des staatlich gedroselten Internets ist typisch für vieles, was durch ausländisches Kapital mit einem Schlage verbessert werden könnte. Aber genau an dieser Schnittstelle zwischen Modernisierung und Stillstand sind die Widerstände des starr auf Machterhalt ausgerichteten Staats- und Parteiapparates und seines Sicherheitskomplexes exemplarisch. Das andere herausragende

Beispiel ist die Landwirtschaft. Obwohl sich die Insel mit ihren fruchtbaren Böden selbst versorgen könnte, gelingt das zunehmend weniger. Ackerbau und Viehzucht sind vorsintflutlich oder liegen am Boden. Höchstens die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche wird auf altertümliche Weise bebaut und genutzt: Weil die jungen Kubaner trotz staatlicher Verlockungen alles andere werden wollen, nur nicht Campesinos; und weil die Hälfte des Bodens mittlerweile von undurchdringlichem, sich hemmungslos ausbreitendem Dornen-gestrüpp überwuchert ist. Das führt dazu, dass diese eigentlich äußerst fruchtbare Insel jährlich gegen drei Milliarden US-Dollar Vorkasse 80 % seiner Lebensmittel überwiegend aus den USA einführen muss. Seit Jahren schon gibt es hierfür eine stehende Ausnahmeregelung des US-Präsidenten vom Embargo.

Um die landwirtschaftliche Produktion auf nationales Selbstversorgungsniveau zu heben und damit nicht weiterhin ein Großteil der ohnehin geringen Erträge auf dem Weg zum Verbraucher verrottet, braucht es dringend Menschen und Maschinen. Die Infrastruktur ist vorsintflutlich. Es fehlen landwirtschaftliche Fahrzeuge, Lastwagen, Straßen, Lagerhäuser, Kühllhäuser, Schlachthäuser, Warenbewirtschaftungssysteme, Verteilzentren, kurzum: alles, was eine effiziente Produktion und Vermarktung ausmacht. Und der Zuckerrohranbau, einst das einzige Revolutions-Wirtschaftswunder, ist tot. Ein Wunder, dass Zigarrenproduktion und -export noch florieren. Weil auf den Gebieten Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gute Geschäfte auf Kuba winken, macht vor allem die eher in republikanischer Tradition stehende, mächtige Landwirtschaftslobby in den USA seit zwei Jahrzehnten Druck auf die Politik. Es begann Mitte der 90er Jahre mit einer überfallartigen Reise des damaligen als hemdsärmelig bekannten Gouverneurs von Illinois, George Ryan, der sich nicht um Reiseverbote scherte, sondern im Direktflug mit zwei Flugzeugladungen voller Geschäftsleute überwiegend aus dem Redneck-Staat des Mittleren Westens, etwa 500 Personen, in Kuba einfiel und Fidel Castro seine Aufwartung machte. Danach hatte Castro neue Freunde und die Kubaner mehr zu essen. Auch der von Obama verkündete Wandel ist der Farmer- und der Landwirtschaftsmaschinen-Lobby mit zu verdanken.

Die Streichung von der Terrorliste macht es Kuba leichter, an internationale Kredite zu kommen. Auch Obamas Ankündigung durch Ausnahmeverfügungen am Embargo vorbei zusätzliche US-Exportgenehmigungen zu erteilen, um vor allem den Zugang Kubas zu dringend benötigten Baumaterialien, landwirtschaftlicher Ausrüstung und Infrastruktur zu erleichtern, macht den Kubanern Hoffnung. Zudem erließ die amerikanische Regierung zwischenzeitlich weitere Reiseerleichterungen für amerikanische Staatsbürger nach Kuba, erhöhte die Obergrenze für Mitbringsel von der Karibikinsel von 100 auf 400 Dollar, erlaubt künftig sogar die bisher verbotene Einfuhr von Zigarren und Rum für den persönlichen Gebrauch und vervierfachte das Limit für Geldüberweisungen an Kubaner von 500 auf 2.000 US-Dollar pro Quartal.

Schon im Frühjahr 2009, kurz nach seinem Amtsantritt, hatte Obama angesichts des damaligen Linksrucks in Lateinamerika eine neue Strategie gegenüber den Ländern im einstigen »Hinterhof« der USA angekündigt. Aber es sollte noch sechs Jahre dauern, ehe es zum Handschlag von Panama kam. Doch dazwischen herrschte keineswegs Funkstille. Es gab auf den verschiedensten Ebenen immer wieder geheime Gesprächskontakte zwischen Havanna und Washington. Eine maßgebliche Vermittlerrolle spielte dabei, wie man heute weiß, der Vatikan – von Papst Johannes Paul II. über Benedikt XVI. bis zu Papst Franziskus, der, wie es hieß, entscheidenden Anteil an dem jetzigen Durchbruch hatte. Nachdem der von seiner Mutter im katholischen Glauben erzogene, ehemalige Jesuitenschüler Fidel Castro nach seinem Sieg 1959 einen revolutionären Bannfluch über den, der damaligen Batista-Diktatur nahestehenden, Klerus verhängt und deren Priester aus dem Land ge-

worfen hatte, erschien es ihm mit zunehmendem Alter während des Überlebenskampfes seines Landes nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums als opportun, sich und sein Land in den Schoß der Kirche zurückzuführen. Das scheint sich nun für Kuba und die Castros bezahlt gemacht zu haben.

Mit dem Besuch von Papst Johannes Paul II. im Januar 1998 öffnete Fidel Castro Kuba und den Gläubigen die so lange verschlossenen Kirchen und erweiterte zügig auch den politischen Aktionsradius für den diplomatisch geschickten Kardinal Jaime Ortega. 14 Jahre später dankte es der deutsche Papst Benedikt XVI. ihm und seinem Bruder mit einer Visite und einer bewegenden Privataudienz für die Familie Castro. Und für den 19. bis 22. September hat sich Fidels jesuitischer Glaubensbruder Franziskus zum fast schon rekordverdächtigen dritten Papstbesuch auf Kuba binnen 17 Jahren angemeldet. Der Staatschef und Atheist Raúl Castro zeigte sich nach einer Audienz jüngst im Vatikan so begeistert von dem Argentinier, dass er sogar verlauten ließ, er erwäge den Wiedereintritt in die Kirche. Obwohl im Gegensatz zu den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern nur die Hälfte der Bevölkerung katholisch ist, verfügt die katholische Kirche auf Kuba auch bei den Mächtigen längst über eine solche Autorität, dass sie neben den Kommunisten beinahe so etwas wie eine zweite Partei im Lande geworden ist. Ihr diskretes seelsorgerisches Wirken auch in der Politik ist nicht ohne Erfolg, wenn es um Menschenrechtsfragen geht. Damit ist sie gewissermaßen auch ein Ersatz für die schwache Opposition, die seit dem Handschlag von Panama womöglich noch weiter an Bedeutung verloren hat.

Der andere, freilich wichtigere Stabilitätsfaktor für das Regime ist nach wie vor das Militär. Auch hier haben die Castros nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bei allen Differenzen eine defensive Haltung gegenüber den USA eingenommen. Auf Anregung von Raúl Castro trafen sich von 1996 an – und ungeachtet des Helms-Burton-Gesetzes – über mehrere Jahre hochrangige Militärs beider Seiten gelegentlich zu einem diskreten Gedankenaustausch. Diese Zusammenkünfte pensionierter amerikanischer Vier-Sterne-Generäle mit gleichrangigen, aktiven Offizieren der kubanischen Streitkräfte (FAR) in Havanna wurden von dem damaligen Washingtoner Thinktank »Center for Defense Information« (CDI) organisiert. Neben der informellen Erörterung von grenzüberschreitenden Themen wie der Bekämpfung des Drogenhandels, des Terrorismus und Flüchtlingsfragen ging es vor allem um den Aufbau eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses für den Tag X, an dem Fidel Castro vielleicht einmal abtreten würde. Den Amerikanern ging es darum, kubanische Befürchtungen vor einer militärischen US-Intervention zu zerstreuen. Und die Kubaner konnten die Amerikaner überzeugen, dass ein Teil der einst größten lateinamerikanischen Streitmacht inzwischen in die Landwirtschaft abkommandiert war, um unter der von Raúl Castro ausgegebenen Losung »Bohnen statt Kanonen« die nach dem Ende der Alimentation durch den früheren Ostblock eingebrochene Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

Ein anderer Teil der FAR begann sich erfolgreich als großes staatliches Tourismusunternehmen zu formieren und die Devisenbeschaffung für die notleidende Staatskasse in Angriff zu nehmen und so ebenfalls das Überleben des Regimes zu sichern. Jedenfalls vermochten später das Pentagon und die CIA zu vermelden, dass die kubanischen Streitkräfte keine Bedrohung mehr für die Hemisphäre darstellten. Aber nach wie vor sind die FAR für Raúl Castro der Stabilitätsfaktor im Inneren. Die »periodo especial«, die Sonderperiode der »Kriegswirtschaft in Friedenszeiten« in den 90er Jahren führte schließlich dazu, dass bis heute und vor allem seit der frühere Verteidigungsminister Raúl Castro das Zepter übernommen hat, immer mehr Militärs in die zivilen politischen Institutionen einsickerten und Generäle Schlüsselministerien übernahmen. So ist es bis heute, was Bernd Wulffen, den

früheren deutschen Botschafter in Havanna, zu dem Schluss kommen ließ, dass man es allmählich mit einer heimlichen Militärdiktatur »sui generis« zu tun habe. Bereit, den Fortbestand des Systems über die Castro-Brüder hinaus zu garantieren. Auch für den Fall, dass diese oder die nächste US-Administration zu viel von der nun eingeleiteten Annäherung erwarten.

Ohnehin sind die Kubaner heute, Handschlag mit Obama hin oder her, auch offen für das, was andere zu bieten haben. Kuba ist mit seinen elf Millionen Einwohnern mittelfristig längst ein interessanter Markt mit ungeheurem Potenzial nicht nur für den Tourismus, sondern mit seinen gut ausgebildeten und billigen Arbeitskräften auch bestens geeignet als Werkbank und unternehmerisches Sprungbrett in den gesamten karibischen Raum einschließlich der südlichen USA. Längst schon geben sich Russen, Chinesen, Kanadier, Spanier, Italiener, Mittel- und Südamerikaner, vor allem Brasilianer in Havanna die Klinke in die Hand, sind mit Geld, Know-how und Profitgier zur Stelle. Eilends hat sich im Windschatten von Obama auch der französische Präsident François Hollande dorthin begeben. Sogar der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der ja der Überzeugung ist, Amerika sei von Muslimen und nicht von dem Katholiken Kolumbus entdeckt worden, war dort und überraschte den Kollegen Castro mit dem frommen Begehren, eine Moschee auf Kuba errichten zu lassen.

Und auch die Europäische Union versucht nun im Kielwasser der USA den Anschluss nicht zu verpassen. Über 20 Jahre lang hatte die EU sich mit ihrem, von dem ehemaligen, mit den Exilkubanern in Miami eng verbandelten spanischen Ministerpräsidenten José Maria Aznar durchgesetzten »gemeinsamen Standpunkt« immer tiefer in eine politische Sackgasse verrannt. Dieser wurde insbesondere seit der Inhaftierung von 75 Oppositionellen auf Kuba im Jahr 2003 tatkräftig vor allem vom damaligen deutschen Außenminister Joschka Fischer und einigen osteuropäischen Politikern unterstützt. Eine Demokratisierung des Landes wurde zur Vorbedingung für wirtschaftliche, politische und kulturelle EU-Unterstützung gemacht, anstatt, wie die deutsche Ostpolitik und der KSZE-Prozess eigentlich längst gelehrt haben sollten, umgekehrt. Nun aber, plötzlich aufgeschreckt durch Obama und angetrieben von den Niederlanden und Frankreich, eilte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini zu Castro, um ihm Hilfe bei der Umsetzung von wirtschaftlichen und politischen Reformen anzubieten. Raúl Castro kann all das nur recht sein, denn es macht ihn ein ganzes Stück unabhängiger von den Konditionen der USA.

Und wie reagierte Fidel, der einstige »Máximo Líder«, der, inzwischen 88-jährig und gesundheitlich schwer angeschlagen, sein Gnadensbrot im Stadtteil Siboney im Westen Havannas verzehrt? Er verfolgte die Bescherung, die Obama seinem Bruder und damit auch ihm bereitete, am Fernsehschirm. Es dauerte fünf Wochen, ehe er dann dieser kleinen weltpolitischen Wende mit gewundenen Worten seinen patriarchalischen Segen zu geben vermochte: »Ich vertraue nicht der Politik der Vereinigten Staaten und habe mit ihnen auch kein Wort gewechselt. Das bedeutet aber nicht die Ablehnung einer friedlichen Beilegung der Konflikte oder Kriegsgefahren«, schrieb er am 27. Januar dieses Jahres in einem Brief an die lieben »Genossen« vom kubanischen Studentenverband FEU. Das einzige, was jetzt noch wie ein Bollwerk die alt gewordene Revolution zu beschützen scheint, ist das Helms-Burton-Gesetz. Aber auch das muss ja nicht ewig gelten.



Volker Skierka

Journalist und Autor, ist u.a. Verfasser des in mehrere Sprachen übersetzten Buches *Fidel Castro – Eine Biografie* und Co-Autor (mit Stephan Lamby) des ARD-Films *Der ewige Revolutionär*. Er lebt in Hamburg.

volker@skierka.de